

UN-Resolution zu Gaza – ‘Gräueltat’, warnt Ex-UN-Menschenrechtschef Craig Mokhiber

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Dimitri Lascaris (DL): Guten Tag, ich bin Dimitri Lascaris und melde mich für Reason2Resist aus Montreal, Kanada, am 19. November 2025. Am Montag dieser Woche hat der UN-Sicherheitsrat eine Resolution verabschiedet, die Donald Trumps sogenannten Friedensplan für Gaza unterstützt. Die Resolution billigt die Einrichtung eines von den USA geführten Friedensgremiums, das den Wiederaufbau, die Kontrolle und die Verwaltung des Gazastreifens überwachen soll. Sie fordert die Entmilitarisierung des Gazastreifens, ohne jedoch irgendwelche Beschränkungen für die Bewaffnung Israels, des Verantwortlichen für den Völkermord und die Apartheid gegen das palästinensische Volk, aufzuerlegen. Die Resolution fordert zwar den endgültigen Abzug der israelischen Streitkräfte aus dem Gazastreifen, jedoch ohne einen klar definierten Zeitrahmen. Stattdessen knüpft sie den Rückzug Israels an das, was sie als Entmilitarisierung des Gazastreifens bezeichnet. Sie fordert außerdem die Einrichtung einer internationalen Stabilisierungstruppe, die die Entmilitarisierung und zumindest den teilweisen Wiederaufbau des Gazastreifens überwachen soll. Und schließlich drückt die Resolution eine vage, unklare Hoffnung aus, dass die Palästinenser eines Tages mit den Israelis über die Schaffung eines palästinensischen Staates diskutieren könnten. Bei der Abstimmung im Sicherheitsrat stimmten 13 Staaten dafür, zwei enthielten sich. Die Staaten, die sich der Stimme enthielten, waren Russland und China, die beide ein Veto gegen die Resolution hätten einlegen können, dies aber nicht taten. Für die Resolution stimmten die USA, Großbritannien, Frankreich, Algerien, Dänemark, Griechenland, Guyana, Südkorea, Pakistan, Panama, Sierra Leone, Slowenien und Somalia.

Um all dies mit uns zu besprechen, begrüßen wir heute Craig Mokhiber. Craig war bereits zuvor bei Reason2Resist zu Gast. Sie kennen ihn vielleicht als ehemaligen Menschenrechtsbeauftragten der Vereinten Nationen und Spezialisten für internationales Menschenrechtsgesetz, - politik und -methodik. Am 28. Oktober 2023, drei Wochen nach

Beginn des Völkermords Israels im Gazastreifen, trat Craig vier Tage vor seiner geplanten Pensionierung als Direktor des New Yorker Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte zurück. In seinem Abschiedsbrief an Hochkommissar Volker Türk kritisierte Craig scharf die Reaktion der Organisation auf den Krieg Israels im Gazastreifen, bezeichnete die militärische Intervention Israels als Völkermord wie aus dem Lehrbuch und warf der UN Untätigkeit vor. Vielen Dank, dass Sie heute wieder bei uns sind.

Craig Mokhiber (CM): Danke, Dimitri, es ist immer erfreulich, hier zu sein.

DL: Craig, ich möchte zunächst eine Erklärung hervorheben, die Sie gestern nach der Verabschiedung dieser Resolution auf X abgegeben haben. Am 18. November sagten Sie: „Der UN-Sicherheitsrat ist, wenn er nicht durch das Völkerrecht eingeschränkt wird, ein Instrument der Unterdrückung und Ungerechtigkeit. Das haben wir gestern erlebt, als der Rat die Feststellungen des IGH ignorierte und die Bevölkerung von Gaza den Mittätern des Völkermords auslieferte. Das Veto wurde im Rat wiederholt zur Verletzung der Rechte der Palästinenser eingesetzt. Gestern, als es zum Schutz der Rechte der Palästinenser hätte eingesetzt werden können, war es nirgends zu finden. Der Sicherheitsrat hat jegliche Legitimität verloren.“ Das ist eine scharfe Anklage gegen die UN, die zu Recht erhoben wird. Ich möchte Sie zunächst bitten, Ihre Gründe für dieses harte Urteil über den UN-Sicherheitsrat näher zu erläutern.

CM: Ich versuchte zu verdeutlichen, wie wichtig es ist, dass die Menschen, während sie sich auf die Gräueltaten konzentrieren, die diese Resolution für das palästinensische Volk bedeutet, auch erkennen, wie gefährlich dieser historische Präzedenzfall ist, dass der UN-Sicherheitsrat, der übrigens zwei Jahre nach Beginn des Völkermords in Palästina, letztendlich handelt, nachdem er angegriffen und kritisiert und angefleht und gebeten wurde, etwas gegen diesen Völkermord zu unternehmen, doch anstatt das Völkerrecht durchzusetzen, die Opfer zu schützen und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, verabschiedet er diese Resolution, die offen gegen das Völkerrecht verstößt. Die Opfer des Völkermords werden entrechtet und bestraft, während die Täter des Völkermords belohnt und gestärkt werden. Die Kontrolle über das Schicksal der Überlebenden des Völkermords wird einem der Mittäter übertragen, nämlich den USA in Absprache mit den Israelis. Dies ist eine sehr beängstigende historische Entwicklung, nicht nur für das palästinensische Volk, sondern meiner Meinung nach für alle, denn der Sicherheitsrat verfügt tatsächlich über enorme Macht. Er kann gemäß Kapitel 7 handeln und mit Waffengewalt seinen Willen gegen alle Länder der Welt durchsetzen, die kein Veto einlegen können, sollte ich sagen. Und mit dieser Resolution hat der Rat einen Beschluss verabschiedet, der Bestimmungen enthält, die in direktem Widerspruch zu den Anforderungen des Völkerrechts stehen, und er hat Befugnisse ausgeübt, die ultra vires waren, Befugnisse, die gemäß der UN-Charta nicht in den Händen des Sicherheitsrats liegen. Um nicht zu sehr ins Detail zu gehen: Der Sicherheitsrat hat nur die Befugnisse, die ihm durch die UN-Charta übertragen wurden. Die UN-Charta ist ein Vertrag nach internationalem Recht. Sie ist Teil des Völkerrechts, was bedeutet, dass weder die Charta noch der Sicherheitsrat über dem Völkerrecht stehen oder außerhalb davon existieren. Sie haben keine Befugnisse außer denen, die im Völkerrecht vorgesehen sind. Der

Sicherheitsrat hat keine Befugnis, eine Resolution zu verabschieden, die gegen das Völkerrecht verstößt, schon gar nicht gegen Bestimmungen des Völkerrechts, die die höchstrangigen Regeln des Völkerrechts darstellen, die sogenannten Ius-Cogens- und Erga-Omnes-Regeln des Völkerrechts, die jederzeit gelten, für die es keine Ausnahmen gibt und die allen Mitgliedstaaten, einschließlich den Mitgliedern des Sicherheitsrats, Verpflichtungen auferlegen. Es ist also eine sehr beängstigende Entwicklung, dass der Sicherheitsrat außerhalb des Gesetzes gehandelt hat, um den indigenen Völkern Palästinas, den Überlebenden eines Völkermords, mit Gewalt eine Reihe von Bestimmungen aufzuzwingen, die gegen das Völkerrecht verstößen. Das ist sehr, sehr gefährlich. Und es bedeutet, dass wir alle in Gefahr sind, falls der Sicherheitsrat nicht in irgendeiner Weise gezügelt wird, wenn ein mächtiger Staat wie die USA Drohungen, Druckmittel und Bestechungsgelder einsetzen und seine Macht mobilisieren kann, um 15 Mitglieder des Sicherheitsrats zu veranlassen, entweder für die Resolution zu stimmen oder sich ihr nicht zu widersetzen. Das ist eine sehr gefährliche Entwicklung.

DL: Ich möchte mich daher insbesondere auf die Rechtmäßigkeit dieser Resolution bzw. ihre Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht hinsichtlich der Entscheidung vom letzten Jahr konzentrieren. Meines Wissens handelte es sich dabei um ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Rechtswidrigkeit der Besatzung. Allgemein gesagt hat der IGH bestimmt bzw. festgestellt, dass sowohl der Gazastreifen als auch das Westjordanland im Sinne des Völkerrechts besetzte Gebiete sind. Dies ist nicht das erste Mal, dass dies festgestellt wurde, sondern lediglich eine Bekräftigung dieser Tatsache, aber darüber hinaus wurde festgestellt, dass die Besetzung rechtswidrig ist. Ist diese am Montag verabschiedete Resolution mit dem Gutachten des IGH zur Rechtswidrigkeit vereinbar? Und wenn nicht, erklären Sie uns bitte, inwiefern sie gegen das Gutachten des IGH aus dem letzten Jahr verstößt.

CM: Sie ist eindeutig nicht mit den Entscheidungen und Stellungnahmen des Internationalen Gerichtshofs vereinbar und steht im Widerspruch zu den Anforderungen des Völkerrechts. Die Reihe von Feststellungen des Internationalen Gerichtshofs, insbesondere während des Völkermords selbst, wurde in dieser Resolution des Sicherheitsrats vollständig zurückgewiesen. Diese Resolution verweigert offen das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und stärkt die Straffreiheit des israelischen Regimes, obwohl der Völkermord weitergeht. Der Internationale Gerichtshof hat das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser bekräftigt und die Rechenschaftspflicht des israelischen Regimes gefordert. Diese Resolution leugnet das Selbstbestimmungsrecht und verstärkt die Straffreiheit Israels. Trotz der Feststellungen des IGH, dass das palästinensische Volk ein Recht auf Selbstbestimmung über sein Land hat, entzieht die Resolution dieses Recht und ermächtigt feindliche ausländische Kräfte, über das Volk zu herrschen, sowie die Fortsetzung der Besetzung des Gazastreifens durch israelische Streitkräfte, die vom Internationalen Gerichtshof bereits als illegal eingestuft wurde. Und trotz der Feststellung des Gerichtshofs, dass Gaza sowie das Westjordanland und Ostjerusalem illegal besetzt sind und dass die Besetzung schnell und vollständig beendet werden muss, verlängert die Resolution die israelische Besetzung, billigt die unbefristete Präsenz israelischer Regierungstruppen in Gaza und überlagert diese Besetzung zusätzlich mit einer zweiten, von den USA geleiteten Besetzung. Selbst in Ihren

kreativsten Momenten können Sie sich keine Möglichkeit vorstellen, wie Sie den Anforderungen des Völkerrechts in dieser Frage noch direkter zuwiderhandeln könnten. Und obwohl das Gericht zu dem Schluss gekommen ist, dass die Palästinenser keine Verhandlungen mit ihren Unterdrückern über ihre Rechte zu führen haben und dass kein Abkommen und kein politischer Prozess diese Rechte außer Kraft setzen kann, hebt diese Resolution diese Rechte auf und überträgt sie in das Ermessen der Vereinigten Staaten und, wie Sie in den Bestimmungen der Resolution sehen können, auch an ihre israelischen und anderen Partner.

Selbst inmitten dieses anhaltenden Völkermords, der vom Apartheidregime zusammen mit den Vereinigten Staaten begangen wird, enthält die Resolution keine einzige Erwähnung des Tatbestands des Völkermords, für den das israelische Regime vor dem Internationalen Gerichtshof in einem Verfahren angeklagt ist, das zu einer Reihe von vorläufigen Maßnahmen geführt hat, gegen die Israel verstößt. Es wird übrigens nicht erwähnt, dass der Internationale Gerichtshof die Apartheid und Rassentrennung durch Israel anerkannt hat, es wird nicht erwähnt, dass es sich um Kolonialisierung handelt, es wird nicht erwähnt, dass Tausende von Palästinensern, während wir hier sprechen, immer noch in israelischen Folter- und Todeslagern festgehalten werden, es wird nicht erwähnt, dass nach internationalem Recht die Täter zur Rechenschaft gezogen und die Opfer des Völkermords entschädigt werden müssen. Und von Israel wird nicht einmal verlangt, seinen rechtlichen Verpflichtungen zur Entschädigung und Wiedergutmachung nachzukommen, wie das Gericht feststellte. Stattdessen entzieht diese Resolution Israel diese Verantwortung und überträgt sie internationalen Spendern und internationalen Finanzinstitutionen wie der Weltbank, was einer milliardenschweren Rettungsaktion für das israelische Regime gleichkommt, während es diese Verbrechen begeht. Die Resolution garantiert also die Straffreiheit des israelischen Regimes, fördert dessen Normalisierung und verweigert dabei dem palästinensischen Volk seine Rechte und verstößt gegen mehrere Bestimmungen des Völkerrechts. Das ist ein Skandal von historischem Ausmaß, und wie es dazu gekommen ist, wird meiner Meinung nach noch über Generationen hinweg Gegenstand von Untersuchungen sein.

DL: Schauen wir uns diese Unverschämtheit einmal genauer an. Ich möchte zunächst auf Absatz zwei eingehen. Dies ist der eigentliche Text der Resolution. Die Hervorhebungen stammen übrigens von mir. Dort heißt es: „Der Rat begrüßt die Einrichtung des Friedensrats als Übergangsverwaltung, der den Rahmen festlegen und die Finanzierung für den Wiederaufbau des Gazastreifens gemäß dem umfassenden Plan koordinieren wird“, also Donald Trumps sogenanntem Friedensplan, „und in Übereinstimmung mit den entsprechenden internationalen Rechtsgrundsätzen, bis die Palästinensische Autonomiebehörde ihr Reformprogramm, wie es in verschiedenen Vorschlägen, darunter Präsident Trumps Friedensplan von 2020 und dem saudisch-französischen Vorschlag, dargelegt ist, zufriedenstellend abgeschlossen hat und die Kontrolle über den Gazastreifen sicher und wirksam zurückverlangen kann. Nach der gewissenhaften Umsetzung des Reformprogramms der PA könnten endlich die Voraussetzungen für einen überzeugenden Weg zur Selbstbestimmung und Staatlichkeit der Palästinenser gegeben sein.“ Craig, wie Sie sicherlich genauso gut wie jeder andere wissen, ist Mahmoud Abbas sowohl im

Westjordanland als auch im Gazastreifen äußerst unbeliebt. Eine erst im Mai dieses Jahres durchgeführte Umfrage ergab, dass Mahmud Abbas und seine Partei bei einer Präsidentschafts- oder Parlamentswahl im besetzten Palästina eine schwere Niederlage einstecken würden. Tatsächlich ergab die Umfrage zu den Präsidentschaftswahlen, dass Marwan Barghuti, wenn er als Kandidat zugelassen, befreit und zur Wahl zugelassen würde, mit etwa 50 % der Stimmen gewinnen würde. Der Hamas-Führer würde mit etwa 38 % der Stimmen an zweiter Stelle liegen, und Mahmud Abbas würde nur auf knapp 11 % kommen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist sich also zweifellos der öffentlichen Stimmung in den besetzten Gebieten Palästinas gegenüber Mahmud Abbas und der Palästinensischen Autonomiebehörde bewusst oder sollte sich dessen bewusst sein. Er hätte freie und faire Wahlen fordern können, damit die Palästinenser selbst ihre Regierenden wählen können, aber das hat er nicht getan. Warum hat er Ihrer Meinung nach keine demokratischen Wahlen gefordert?

CM: Die Resolution enthält nichts, was sich auf Ideen wie Menschenrechte, Demokratie oder Rechtsstaatlichkeit bezieht. Ganz im Gegenteil. Diese Resolution basiert auf kolonialistischen Ideen aus dem 19. Jahrhundert. Und Sie haben Recht, dass die Palästinensische Autonomiebehörde keine Legitimität besitzt. Jegliche Stellung, die ihr eingeräumt wurde, wurde ihr von externen Akteuren verliehen, nicht vom palästinensischen Volk selbst, und ich denke, dass sie einen erheblichen Teil der Schuld für dieses vom Sicherheitsrat verabschiedete Monstrum trägt, weil die Palästinensische Autonomiebehörde andere Staaten dazu ermutigt hat, diese Resolution zu unterstützen und kein Veto einzulegen. Sie hat andere Staaten zur Unterstützung des Trump-Plans ermutigt, noch bevor diese Resolution vorgelegt wurde, in der Hoffnung, dass sie selbst ein paar Krümel im Prozess abbekommen würde. Betrachtet man die verabschiedete Resolution, so hat sie nicht einmal Krümel erhalten. Es gibt keine Zusage, dass die Palästinensische Autonomiebehörde hier auch nur in begrenztem Umfang die Herrschaft über den Gazastreifen übernehmen wird. Und hier ist der Beweis für die mangelnde Legitimität der Palästinensischen Autonomiebehörde: Diese Resolution wurde von der gesamten palästinensischen Zivilgesellschaft, allen Menschenrechtsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, den wichtigsten Koordinierungsmechanismen der palästinensischen Zivilgesellschaft und fast allen politischen Fraktionen mit Ausnahme der Fatah-Fraktion von Mahmud Abbas abgelehnt. Weltweit wurde diese Sache von Menschenrechtsverteidigern und Spezialisten für internationales Recht rundweg abgelehnt, und dennoch wird sie hier von der Palästinensischen Autonomiebehörde unterstützt. Das Problem der palästinensischen Außenpolitik besteht darin, dass die PLO und der sogenannte Staat Palästina sowie seine Vertreter in der UN und anderswo praktisch mit der Palästinensischen Autonomiebehörde unter Mahmud Abbas und seinen Kollegen fusioniert sind, dadurch entsteht eine Autorität ohne Legitimität, die unter der Besatzung existiert, buchstäblich unter der Knute des israelischen Regimes, unter der Fuchtel der Amerikaner und abhängig von Finanzmitteln aus Europa und den Golfmonarchien, die die Positionen der PLO und des Staates Palästina in der UN kontrollieren, die sich an diesen Bemühungen beteiligt haben, dem palästinensischen Volk seine Rechte zu entziehen. Und wenn man als Vertreter eines Landes in der UN berät, welche Position man zu einer palästinensischen Frage einnehmen soll, wendet man sich für diesen Rat an die Palästinensische Autonomiebehörde.

Man wendet sich an die Ständige Vertretung Palästinas in New York, die der UN angegliedert ist. Und dort wurde ihnen gesagt, sie sollten diese Initiative unterstützen, was übrigens keine Entschuldigung für die Unterstützung ist.

Jeder, der den Text in einer der Amtssprachen der UN lesen kann, erfährt genau, was sie getan haben, und dafür sind die 15 Mitglieder des Rates in hohem Maße verantwortlich. Die Palästinensische Autonomiebehörde hat einen Widerstand jedoch erheblich erschwert, sodass diese Resolution zustande kam, die den Trump-Plan vom 29. September begrüßt und diese Version des Trump-Plans vom 29. September sogar der Resolution des Sicherheitsrats beifügt, wodurch diese koloniale Landnahme legitimiert und dieses sogenannte Friedensgremium, ein koloniales Regierungsorgan unter der Leitung von Donald Trump selbst, als Übergangsverwaltung für den gesamten Gazastreifen eingesetzt wird. Es wird die Befugnis haben, alle Dienstleistungen und Hilfsleistungen zu kontrollieren, die Bewegung von Menschen in und aus dem Gazastreifen zu kontrollieren und den Rahmen und die Finanzierung für den Wiederaufbau des Gazastreifens zu kontrollieren. Stellen Sie sich vor, Donald Trump – und übrigens auch Leute wie Tony Blair und Jared Kushner – hätten Entscheidungsgewalt über die Finanzierung des Wiederaufbaus von Gaza. Zudem besteht die Gefahr von Korruption. Das ist absolut empörend. Dazu gehört auch – man kann kaum glauben, dass dies eine Resolution des Sicherheitsrats ist – eine gefährlich weit gefasste Ermächtigung für dieses Trump-Gremium, alle anderen erforderlichen Aufgaben zu übernehmen. Es handelt sich um eine pauschale Ermächtigung. Damit erhält Trump die Befugnis, nach eigenem Ermessen undefinierte operative Einheiten und operative Behörden einzurichten. Und ja, es ist eine Art fragwürdiges Gremium palästinensischer Technokraten vorgesehen, das auf seinem eigenen Land Befehle von Trumps Friedensrat entgegennehmen und diesem Bericht erstatten wird. Und es ist nicht einmal garantiert, dass es sich dabei um die Palästinensische Autonomiebehörde handelt. Dabei handelt es sich um einige, wer weiß, möglicherweise mitschuldige Akteure, die hinzugezogen werden. Und das ist ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht, denn die Resolution lehnt die palästinensische Kontrolle über ihr eigenes Gebiet im Gazastreifen ab, bis Donald Trump und seine Mitarbeiter entscheiden, dass die Palästinensische Autonomiebehörde die sogenannten Reformanforderungen erfüllt hat, die von Trump selbst und, ich muss sagen, dem ebenso abscheulichen französisch-saudischen Vorschlag festgelegt wurden, auf den in dem Abkommen Bezug genommen wird, das eine weitere koloniale Landnahme darstellt. Und bedenken Sie, dass eine der von Trump für die Reformen festgelegten Bedingungen darin besteht, dass das palästinensische Volk seine Rechtsansprüche vor dem Internationalen Gerichtshof, dem Internationalen Strafgerichtshof und anderen Foren aufgibt. Es handelt sich um eine vollständige Entwaffnung, nicht nur – und wir werden noch auf die Entwaffnung zu sprechen kommen – nicht nur eine materielle Entwaffnung der Palästinenser, sondern sogar eine rechtliche Entwaffnung der Palästinenser, und Mahmud Abbas hat andere Länder zur Unterstützung dieser Maßnahme aufgefordert. Weder in diesem Dokument noch im ursprünglichen Trump-Dokument gibt es irgendwo ein Versprechen auf palästinensische Unabhängigkeit, Souveränität oder Staatlichkeit. Stattdessen enthält es Folgendes, und zwar in direktem Widerspruch zu den Feststellungen des IGH: Es behindert die palästinensische Freiheit und Selbstbestimmung mit dieser vagen, überqualifizierten, sehr unverbindlichen

Formulierung, die besagt, dass, nachdem die von Trump geführten Gremien entschieden haben, dass die Palästinenser möglicherweise undefinierte Reform- und Entwicklungskriterien erfüllt haben, dann endlich die Voraussetzungen für einen glaubwürdigen Weg zur palästinensischen Selbstbestimmung und Staatlichkeit gegeben sein könnten. Das ist es, was Mahmud Abbas erreicht hat; es ist Unsinn. Und jeder Funken Hoffnung auf Fortschritt, der in diesen empörenden, hochqualifizierten Bedingungen noch übrig geblieben ist, wird vollständig ausgelöscht, da jeder Prozess, der zu diesen Zielen in der Resolution selbst führt, von den USA selbst kontrolliert werden soll. Mit anderen Worten: Der Sicherheitsrat hat den USA ein Veto über die Selbstbestimmung der Palästinenser eingeräumt. Der Hauptsponsor und Mitverursacher des Völkermords durch das israelische Regime. Das ist es, was Mahmud Abbas befürwortet.

DL: Und damit die Leute die Grundlage Ihrer Kritik verstehen, konzentrieren Sie sich hier wahrscheinlich auf die Bestimmungen von Artikel 4 dieser Resolution, in dem es heißt, dass der Sicherheitsrat die Mitgliedstaaten, die am Friedensrat und am Friedensgremium teilnehmen, ermächtigt, die zur Erreichung der Ziele des umfassenden Plans erforderlichen Vereinbarungen zu treffen. Und dann heißt es, dass operative Einheiten mit, falls erforderlich, internationaler Rechtspersönlichkeit eingerichtet werden sollen, bla, bla, bla, im Hinblick auf die Umsetzung einer Übergangsregierung, einschließlich der Überwachung und Unterstützung – es gibt also hier eine ausdrückliche Bestimmung, dass der Friedensrat das palästinensische technokratische, unpolitische Komitee aus kompetenten Palästinensern aus dem Gazastreifen beaufsichtigen soll, welches für die täglichen Operationen im Gazastreifen zuständig sein soll. Und der Friedensrat darf auch den Wiederaufbau des Gazastreifens überwachen sowie die humanitäre Hilfe. Ich denke, Sie stimmen mir zu, Craig, dass hier tatsächlich eine Autoritätshierarchie geschaffen wurde, an deren Spitze Donald Trump steht. Habe ich das richtig verstanden?

CM: Das ist genau richtig. Niemand hat jemals zuvor in der Geschichte eine solche Resolution gesehen. Und was Sie dabei nicht erwähnt haben, ist die Tatsache, dass all dies in der Resolution ausdrücklich in Abstimmung mit dem israelischen Regime geschieht. Dieses Kolonialgremium, das die Herrschaft übernehmen wird, koordiniert also seine Maßnahmen mit den Israelis. Die stellvertretende Besatzungsmacht, über die wir später noch sprechen werden, wird sich mit den Israelis abstimmen. Damit erhalten die beiden Mitverursacher des Völkermords nun die offizielle Kontrolle über das Leben, den Lebensunterhalt, das Wohlergehen und die Rechte der Menschen, gegen die sie einen Völkermord verübt haben. Das bewirkt diese Resolution.

DL: Okay Craig, kommen wir nun zur ISF. Hier also Klausel 7 der Resolution des Sicherheitsrats, die ich auf den Bildschirm projiziert habe. Sie ermächtigt die Mitgliedstaaten, in Zusammenarbeit mit dem Friedensrat eine vorübergehende internationale Stabilisierungstruppe in Gaza einzurichten, die unter einem für den Friedensrat akzeptablen einheitlichen Kommando operieren wird, wobei die teilnehmenden Staaten in enger Abstimmung mit Ägypten und Israel Kräfte beisteuern. Sie wird alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um ihr Mandat im Einklang mit dem Völkerrecht auszuführen. Es

wird eine neu ausgebildete und überprüfte palästinensische Polizeikraft geben, die vermutlich vom Friedensrat überprüft wird und dazu beitragen soll, die Grenzgebiete zu sichern, das Sicherheitsumfeld zu stabilisieren und den Prozess der Entmilitarisierung des Gazastreifens sowie die effektive Organisation und Umsetzung der sogenannten dauerhaften Entwaffnung nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen zu gewährleisten. Außerdem heißt es, dass die ISF für Kontrolle und Stabilität sorgen wird. Dabei werden sich die israelischen Streitkräfte auf der Grundlage von Standards, Meilensteinen und Zeitplänen zurückziehen, die mit der Entmilitarisierung verbunden sind und zwischen der IDF, der ISF und den Garanten, die allesamt Vertreter der Vereinigten Staaten oder Marionetten der Vereinigten Staaten sind, vereinbart werden. Es gibt also überhaupt keinen Zeitplan für den Rückzug, nur eine vage Verbindung zur Entmilitarisierung. Aber worauf ich mich hier wirklich konzentrieren möchte, ist die Idee, dass diese – und übrigens bin ich mir nicht sicher, ob wir überhaupt wissen, welche Länder tatsächlich zu dieser internationalen Stabilisierungstruppe beitragen werden, wenn überhaupt –, aber angesichts der Tatsache, dass Israel trotz all der Zerstörung, die es über Gaza gebracht hat, und all der Todesfälle, die es unter der palästinensischen Bevölkerung verursacht hat, nicht in der Lage war, die dortigen Gruppen zu entwaffnen, und ich schätze, das ist eher eine militärische als eine rechtliche Frage, aber glauben Sie, dass es eine realistische Aussicht auf eine Entwaffnung der Palästinenser durch diese ISF gibt, ohne dass es zu massiven Todesfällen und Zerstörungen kommt?

CM: Nein, darauf besteht keinerlei Hoffnung. Und dies ist einer der Punkte, bei denen die Metapher gestreckt werden muss, denn diese Resolution, die verabschiedet wurde, hat neben ihrer mangelnden Rechtmäßigkeit und Legitimität noch weitere Schwachstellen, nämlich die Vorstellung, dass Israel und die Vereinigten Staaten seit über zwei Jahren jede nur erdenkliche mörderische Technologie gegen die Palästinenser einsetzen, ohne die Widerstandsgruppen in Gaza besiegen oder entwaffnen zu können, und dass nun plötzlich indonesische Streitkräfte anrücken und den Widerstand in Palästina entwaffnen werden. Übrigens gibt es hier noch ein weiteres rechtliches Problem, denn das palästinensische Volk hat das Recht, sich zu verteidigen. Und die Tatsache, dass wir überhaupt darüber diskutieren müssen, dass sie unter einem Völkermord leiden und das Recht zur Verteidigung gegen diesen Völkermord haben, erscheint mir als ein Moment des Wahnsinns in der internationalen Debatte. Aber dies ist ein weiterer Bereich, in dem die Resolution das Recht eines Volkes ignoriert, bewaffnete Gewalt anzuwenden, um sich gegen ausländische Besatzung, koloniale Herrschaft und ein rassistisches Regime zu wehren – so lautet die Formulierung im Völkerrecht. Aber es ist unmöglich, dass sie damit Erfolg haben werden. Und dies ist eines der Ziele dieser Resolution und dieses Trump-Plans: zu versuchen, das zu vollenden, was das israelische Regime selbst mit unbegrenzter Unterstützung der USA nicht erreichen konnte, und diese Bemühungen zu legalisieren. Und das wird man, Dimitri, in dieser Resolution überall sehen; diese Resolution könnte in Tel Aviv verfasst worden sein, nicht wahr? Diese Stellvertreter-Besatzungsmacht, also die internationalen Stabilisierungskräfte – übrigens, Stabilisierung, Sie wollen also mit Streitkräften dort eindringen und den Widerstand bekämpfen, und das soll die Lage stabilisieren? Das sind Stellvertreter-Besatzungsmächte, die im Namen der Vereinigten Staaten in Israel agieren würden, um das zu vollenden, was Israel in über zwei Jahren Völkermord nicht geschafft hat. Sie sollen also die Grenzen

sichern. Mit anderen Worten: die Palästinenser einsperren und das israelische Regime schützen. Wenn sie sagen, sie wollen die Sicherheitslage stabilisieren, dann bedeutet das, jeden Widerstand gegen Besatzung, Apartheid und Völkermord zu unterdrücken, das bedeutet diese Stabilisierung. Es heißt, dass Gaza entmilitarisiert werden soll. Auch hier geht es also wieder um die Entmilitarisierung der Menschen, die Opfer des Völkermords sind, und nicht um das israelische Regime, das den Völkermord begangen hat, wie es in jeder anderen Situation der Fall ist, auf die die internationale Gemeinschaft nach oder während eines Völkermords reagiert. Es geht nicht darum, die Opfer zu entmilitarisieren, sondern den Täter; aber nicht hier. Es heißt, dass sie die militärischen Verteidigungsfähigkeiten Gazas zerstören werden. Und wieder geht es nicht darum, die militärischen Kapazitäten Israels abzubauen, die nicht nur für einen Völkermord und die unrechtmäßige Besetzung Palästinas genutzt wurden, sondern auch für Angriffe auf den Libanon, Syrien, den Jemen, den Iran und den Irak sowie auf humanitäre Schiffe im Mittelmeer, um Menschen zu ermorden und einen transnationalen Terroranschlag mit Sprengfallen für Pager im Libanon und in Syrien durchzuführen. Es geht nicht darum, jene Kapazitäten zu eliminieren, sondern nur die der Opfer. Es heißt, dass sie die Waffen des palästinensischen Widerstands aus dem Verkehr ziehen werden, aber die Waffen des Verbrecherregimes nicht anrühren werden, richtig? Außerdem heißt es, dass sie die palästinensische Polizei ausbilden werden. Was ist der Zweck der palästinensischen Polizei? Sie soll das palästinensische Volk innerhalb des Gazastreifens kontrollieren. Das Ganze ist also eine Fortsetzung der israelischen Besatzung und Kontrolle über das palästinensische Volk und trägt in keiner Weise zur Verbesserung der Realität vor Ort bei, die von Völkermord, Apartheid, unrechtmäßiger Besetzung und Kolonialismus geprägt ist.

DL: Diese Resolution enthält keinen konkreten Verweis auf das Westjordanland oder die dortigen Ereignisse. Würden Sie zustimmen, Craig, dass dieses genozidale Projekt sich auch auf das Westjordanland ausdehnt und dass es sich bei den dortigen Ereignissen um Völkermord handelt?

CM: Absolut, und es handelte sich um einen Völkermord. Als ich 2023 zum ersten Mal bei den Vereinten Nationen Alarm schlug, geschah dies im Frühjahr 2023, aufgrund der Zunahme wirklich schrecklicher Gewalt gegen palästinensische Zivilisten dort, einschließlich Pogromen in Dörfern wie Huwara und dergleichen. Die neue Regierung in Israel, angeführt von Extremisten wie Benjamin Netanyahu, Ben Gvir, Smotrich und anderen, hatte ihre Absichten sehr deutlich gemacht. Und sie haben diese nicht nur bereits im Frühjahr lautstark verkündet, sondern sie auch im Westjordanland umgesetzt, während sie gleichzeitig die Schlinge um Gaza enger zogen. Und es gibt keinen Unterschied zwischen beiden. Der israelische Völkermord richtet sich gegen das palästinensische Volk. Und während die Taktiken innerhalb der Grünen Linie Israels, in Gaza, im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, und übrigens auch in den umliegenden Gemeinden, in denen palästinensische Flüchtlinge leben, größtenteils unterschiedlich waren, werden palästinensische Flüchtlinge im Libanon gerade in diesem Moment von den Israelis bombardiert. Aber auch die Verfolgung von Palästinensern, die in der Diaspora leben, in Ländern wie Kanada, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Deutschland, wo Israel und seine Stellvertreter Menschen in diesen Ländern im Namen des Völkermords, den sie begehen, verfolgen. Im Westjordanland

begannen sie, die traditionellen Waffen einzusetzen, die sie seit Jahrzehnten einsetzen, nämlich Masseninhaftierungen und Folter, Landenteignungen und Siedlungsaktivitäten sowie schrittweise ethnische Säuberungen. Während dieses Völkermords führten sie jedoch einen umfassenden Krieg gegen Teile des Westjordanlands. Ihre Absicht ist also überall in der palästinensischen Gesellschaft dieselbe, unabhängig davon, wo diese Palästinenser leben, und zunehmend gleichen sich auch die Taktiken an. Und noch eine letzte Anmerkung dazu: Auch die Palästinenser, die innerhalb der Grünen Linie in Israel leben, sind während dieses Völkermords einer beispiellosen Verfolgung ausgesetzt. Sie werden nicht verschont bleiben. Ja, dies ist ein Versuch, Gaza für die ruchlosen Pläne nicht nur von Donald Trump, sondern auch von Leuten wie Jared Kushner, Tony Blair und natürlich den Israelis selbst, die ihre Teile von Gaza haben wollen, abzutrennen und es vom Westjordanland zu trennen, um sich dann zu gegebener Zeit damit zu befassen. Die Völkermordmaschine arbeitet weiter, und diese Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ist Teil dieser Maschine geworden.

DL: Sie haben gerade etwas gesagt, worüber ich vorher nicht wirklich nachgedacht habe, aber ich möchte sichergehen, dass ich es richtig verstanden habe. Soweit ich Sie verstanden habe, und übrigens finde ich es, nachdem ich das zum ersten Mal höre, intellektuell sehr ansprechend, dass die Maßnahmen gegen Palästinenser in der Diaspora, auch im Westen, also die Verfolgung, ein Element oder eine Taktik sind, die von Israel und seinen Unterstützern zur Durchführung dieses Völkermords eingesetzt werden. Es ist tatsächlich Teil des Völkermordprojekts. Ist das eine zutreffende Darstellung Ihrer Ansicht?

CM: Absolut. Der Völkermord hätte ohne die Unterstützung westlicher Länder nicht in dieser Form fortgesetzt werden können. Palästinenser in der Diaspora und diejenigen, die sich solidarisch mit ihnen zeigen, sind eine Bedrohung für die westliche Unterstützung, weil sie die Wahrheit sagen, Informationen über die tatsächlichen Geschehnisse vor Ort verbreiten, den Vorhang durchbrechen, den die westlichen Medien zur Unterstützung des israelischen Regimes gezogen haben, und den Menschen durch unabhängige Medien wie Ihre, durch soziale Medien, durch alle möglichen Mittel, Demonstrationen und Proteste und Zeltlager an Universitäten und so weiter vor Augen führen, was wirklich geschieht. Sie und diejenigen, die sich mit ihnen solidarisieren, sind eine Bedrohung für die Pläne des israelischen Regimes, weil Israel diese Maßnahmen ohne die Unterstützung des Westens nicht durchführen könnte. Dies gilt insbesondere für diejenigen Länder, in denen die Verfolgung von Menschenrechtsaktivisten und Palästinensern in der Diaspora am stärksten ist, nämlich Länder wie die Vereinigten Staaten und Kanada, Länder wie das Vereinigte Königreich, Länder wie Deutschland und die Niederlande. Diese Länder sind alle wichtige Lieferanten, nicht nur von Waffen, Geld und Hilfe für das israelische Regime, sondern auch von diplomatischer Unterstützung für das israelische Regime. Und das könnte nicht aufrechterhalten werden, wenn die Bevölkerung sich tatsächlich dagegen auflehnen würde, sodass die mitschuldigen Medienkonzerne und Politiker diese Unterstützung nicht mehr aufrechterhalten könnten. Als Teil des Völkermords greift das israelische Regime also Palästinenser in der Diaspora und diejenigen an, die sich solidarisch mit ihnen zeigen, und zwar auf vielfältige Weise, unter anderem indem es die Rechtssysteme der westlichen Länder

als Waffe gegen Menschen einsetzt, die sich gegen den Völkermord wehren, die Menschenrechte verteidigen und ihr Recht auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit und Versammlungsfreiheit ausüben. Diese Länder verabschieden tatsächlich Gesetze, mobilisieren ihre Polizeikräfte, verweisen Menschen von Universitäten, entlassen Professoren mit Festanstellung, entlassen Menschen aus ihren Jobs, sperren Menschen ein und deportieren sie; das heißt, sie nutzen die gewaltige Macht des Staates, um die genozidalen Ziele dieses einen unterdrückerischen ausländischen Regimes namens Israel voranzutreiben.

DL: Nun möchte ich mich der Erklärung des russischen Vertreters im UN-Sicherheitsrat vom Montag zuwenden, und hier ist ein Auszug aus seiner Rede.

Russischer Vertreter UN: Der Ausgangspunkt, die Prämissen, dass die Resolution die allgemein anerkannte internationale Rechtsgrundlage widerspiegeln muss, bekräftigt grundlegende Entscheidungen und Prinzipien, allen voran die Grundformel zwei Staaten für zwei Völker. Schließlich wurde genau dieser Ansatz in der New Yorker Deklaration mit überwältigender Mehrheit befürwortet, die nach zwei Foren zur Unterstützung der Zwei-Staaten-Lösung verabschiedet wurde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist keine theoretische Frage, sondern eine sehr praktische, die angesichts der unmissverständlichen öffentlichen Erklärungen der höchsten Führungsebene Israels, wonach die Schaffung eines palästinensischen Staates schlichtweg inakzeptabel sei, nach wie vor von besonderer Relevanz ist. Leider wurden diese wesentlichen Elemente nicht in den Entwurf der USA aufgenommen, und der Entwurf enthält auch keine Klarheit hinsichtlich des Zeitplans für die Übertragung der Kontrolle über den Gazastreifen an die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) und keine Gewissheit in Bezug auf den Friedensrat und die Internationale Stabilisierungstruppe (ISF), die nach dem Wortlaut der heute vom Rat angenommenen Resolution völlig autonom handeln können, ohne die Position und Meinung Ramallahs zu berücksichtigen. Dies könnte die Trennung des Gazastreifens vom Westjordanland festigen und erinnert an koloniale Praktiken und das britische Mandat für Palästina, das vom Völkerbund erteilt wurde.

DL: Ich könnte noch weitermachen, es gibt noch weitere Punkte, und die Resolution wurde ziemlich kritisch beurteilt, aber diese Ausführungen geben meiner Meinung nach einen guten Eindruck von den Aussagen des russischen Vertreters. Übrigens hat er vieles ausgelassen, beispielsweise hat er nie gesagt, dass tatsächlich ein Völkermord begangen wurde. Er hat auch nie darauf hingewiesen, dass die Verantwortlichen für den Völkermord nun gemäß dieser Resolution die Kontrolle über den Gazastreifen haben. Er verwies nicht darauf, dass die Palästinenser ein Recht auf bewaffneten Widerstand haben und dass es empörend ist, dass die Täter des Völkermords bis an die Zähne bewaffnet bleiben, während ihren Opfern notfalls mit Gewalt ihre leichten Waffen abgenommen werden. Er äußerte sich nicht zu diesen Punkten, aber seine Bemerkungen waren sehr kritisch, und dennoch, Craig, haben weder die Russische Föderation noch China ihr Veto gegen diese Resolution eingelegt. Dabei haben ihre Rivalen, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich, selbstverständlich nicht gezögert, ihr Veto einzulegen, um ihre eigenen ruchlosen Absichten immer wieder durchzusetzen. Warum haben sie Ihrer Meinung nach kein Veto gegen diese Resolution

eingelegt?

CM: Alles in der russischen Erklärung ist wahr, aber es handelt sich um Krokodilstränen. Und ich glaube nicht, dass es ihnen gelingen wird, ihre Mitverantwortung für diese Gräueltat im Sicherheitsrat wegzuwischen. Russland und China sind P5-Mitgliedstaaten. Sie hatten große Vorbehalte und Einwände, und dennoch haben sie ihr Veto nicht eingelegt. Und jeder, der den Rat beobachtet, weiß, dass das Veto seit über zwei Jahren wiederholt von den Vereinigten Staaten eingesetzt wird, um den Palästinensern ihre Menschenrechte zu verweigern. Vor zwei Tagen hatten wir die Gelegenheit, das Veto zum Schutz der Menschenrechte der Palästinenser anzuwenden, aber es war nicht zu finden. Diese beiden Staaten tragen also eine besondere Verantwortung, denn denken Sie daran, dass die anderen drei Länder mit Vetorecht, die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und Frankreich, alle drei Länder, sich am Völkermord mitschuldig gemacht haben. Von ihnen war also keine Hilfe zu erwarten. Was ist also hier passiert? Wir hatten eine perfekte Sturmkonstellation der Mittäterschaft. Und ich muss sagen, dass Donald Trump, der all seine Mafia-Fähigkeiten von Roy Cohn, seinem lebenslangen Berater und Mafia-Anwalt, gelernt hat, diese Fähigkeiten auf der internationalen Bühne ebenso geschickt einsetzt wie auf der nationalen Bühne, um Menschen zu bedrohen, zu überreden und zu terrorisieren, damit sie in seinem Sinne wählen. Sie setzten alle ihnen zur Verfügung stehenden Drohungen und Verlockungen, Zuckerbrot und Peitsche, ein, von Handelsabkommen bis hin zu Zöllen. Jetzt befindet sich Russland mitten in sensiblen Verhandlungen mit den Amerikanern über die Ukraine. Werden sie sich zu den Grundsätzen des Völkerrechts und den Rechten des palästinensischen Volkes bekennen oder werden sie versuchen, sich von Russland für ihre Verhandlungen mit den USA über die Ukraine Vorteile zu verschaffen? China befindet sich mitten in intensiven Verhandlungen mit den USA über Handels- und Zollfragen. Werden sie das Völkerrecht und die Rechte der Palästinenser unterstützen oder werden sie den Forderungen der Amerikaner als Gegenleistung dafür Vorrang einräumen? Die Antwort beider Länder kennen wir inzwischen. Aber es gibt noch andere Probleme.

Eine der Drohungen, die Mike Walz, der US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, im Zusammenhang mit dieser Abstimmung aussprach, lautete: Wenn Sie nicht dafür stimmen, werden wir erneut die Hunde des Völkermords auf die Palästinenser in Gaza loslassen. Das war nicht der Ausdruck, den er verwendete, aber er warnte, dass es entweder dies oder eine Fortsetzung des Krieges sei, unabhängig von der Wortwahl. Aber das war eine kaum verhüllte Drohung: Entweder ihr macht das, und hier kommt die Mafia-Taktik ins Spiel, oder wir vernichten diese Menschen. Das war die Drohung. Und das ist eine berechtigte Sorge, wenn man verhandelt. Der andere Faktor, mit dem sie sich auseinandersetzen mussten, war der Verrat der Palästinensischen Autonomiebehörde. Diese forderte sie auf, die Resolution zu unterstützen und kein Veto einzulegen. Die Palästinensische Autonomiebehörde sprach also mit den Europäern und Lateinamerikanern, der G77, dem Globalen Süden, der Bewegung der blockfreien Staaten, den arabischen und muslimischen Ländern und sagte: Bitte unterstützt dies, ebenso wie die P5. Und wie Sie in der Erklärung gehört haben, in der von Ramallah die Rede ist, verweist er in diesem Fall auf die Palästinensische Autonomiebehörde, die, wie Sie gesagt haben und wie ich bestätigt habe, nicht das palästinensische Volk vertritt, wie die

Zurückweisung dieser Resolution durch das palästinensische Volk, sowohl in der Zivilgesellschaft als auch in den Menschenrechtsgruppen und in den politischen Fraktionen und Widerstandsbewegungen Palästinas, deutlich gemacht hat. Um die Lage in diesem perfekten Sturm noch zu verschärfen, drängen auch die arabischen Länder, insbesondere Ägypten und die Golfstaaten, die Staaten dazu, den Vorschlag von Trump und die breitere arabische Gruppe zu unterstützen. Derzeit verhandeln die Saudis mit den Amerikanern über ein Verteidigungsabkommen nach NATO-Vorbild, nicht wahr? Die Saudis wurden also am Tag nach der Abstimmung der Vereinigten Staaten zu einem wichtigen Nicht-NATO-Verbündeten erklärt, was bedeutet, dass sie geschützt werden. Ihr illegitimes Regime wird durch Sicherheitszusagen der Vereinigten Staaten geschützt werden. Gleichzeitig verhandeln sie mit den Vereinigten Staaten über moderne Kampfflugzeuge. Sie erhalten also Sicherheitsgarantien und Waffen und das Versprechen, dass sie von den USA gegen alle Kräfte verteidigt werden. Ägypten, der zweitgrößte Empfänger von US-Auslandshilfe nach Israel, unterstützt dies ebenfalls, da Ägypten als südliche Verteidigungslinie des israelischen Regimes dient und zusammen mit anderen Ländern aus der Golfregion dazu ermutigt wird. Aus diesem Grund haben Algerien, Pakistan, Somalia und Sierra Leone, allesamt mehrheitlich muslimische Länder, Algerien, die führende Stimme im Rat der Arabischen Liga, Pakistan, Somalia, nicht nur dafür gestimmt, sondern den Vorschlag neben China und Russland auch öffentlich unterstützt. Und natürlich hatten die USA zu diesem Zeitpunkt so viele Verbündete im Rat, weil zu den gewählten Mitgliedern neben Großbritannien und Frankreich, die ständige Mitglieder sind, auch Dänemark, Slowenien, Griechenland und Korea, die Republik Korea, gehörten, sodass es zu einer perfekten Komplizenschaft kam. Das Ergebnis ist eine Resolution, die den UN-Sicherheitsrat so sehr diskreditiert hat und die zweifellos auch für die UN insgesamt Kollateralschäden mit sich bringen wird, dass ich mir nicht sicher bin, ob sich der Rat jemals von diesem Schlag, diesem selbstverschuldeten Schlag gegen seine Legitimität, erholen kann.

DL: Ich möchte am Ende noch einmal auf die Zukunft der Vereinten Nationen zurückkommen, aber bevor wir dazu kommen, hätte ich noch ein paar Fragen zur Lage hier vor Ort. Wenn man die Situation objektiv betrachtet, würden Israels Führer angesichts ihrer Ziele wohl sagen, dass dies ein ziemlich guter Deal für sie ist. Offiziell scheinen sie jedoch nicht besonders begeistert davon zu sein. Ich denke, man kann mit Fug und Recht sagen, dass ihnen die Idee, ausländische Truppen in den Gazastreifen zu entsenden, nicht gefällt, denn obwohl es keinen definitiven Zeitplan für ihren Abzug aus dem Gazastreifen gibt, wird ausdrücklich gefordert, dass dies unter bestimmten Bedingungen, die möglicherweise nie erfüllt werden, irgendwann geschehen soll. Aber auf jeden Fall wollen sie den Gazastreifen. Sie haben sehr deutlich gemacht, dass sie den Gazastreifen kolonisieren wollen. Glauben Sie, dass ihre Beschwerden über diese Resolution nur Theater sind, oder glauben Sie, dass sie voll und ganz dahinterstehen? Wenn ich „sie“ sage, meine ich damit nicht die extremsten Elemente in Netanjahus Kabinett, sondern Netanjahu selbst und das Kabinett als Ganzes. Unterstützen sie diesen Plan tatsächlich oder betrachten sie ihn nur als Vorwand, um ihre eigentlichen Ziele zu erreichen?

CM: Meiner Meinung nach profitiert das israelische Regime erheblich von diesem Plan.

Dieser Plan ist in jeder Hinsicht pro-israelisch. Beispielsweise bei den spezifischen Bedingungen: Sie haben ausländische Streitkräfte erwähnt, aber Israel hat faktisch ein Vetorecht darüber, welche Streitkräfte in diese sogenannte Stabilisierungstruppe aufgenommen werden. Die Mitglieder der Stabilisierungstruppe sollen laut Resolution „in Zusammenarbeit mit dem israelischen Regime“ bestimmt werden, und dieses soll mit dieser Stabilisierungstruppe zusammenarbeiten, um seine Ziele zu erreichen, die darin bestehen, die Palästinenser immer wehrloser zu machen und immer mehr unter die Kontrolle dieser ausländischen Akteure zu bringen. Das geht ihnen also nicht verloren. Die Bedingungen der Resolution erlauben es den israelischen Truppen, so lange zu verbleiben, bis die USA und Israel beschließen, dass sie abgezogen werden sollen. In jedem Fall sehen die Bedingungen der Resolution eine dauerhafte Präsenz der israelischen Streitkräfte in dem sogenannten Sicherheitsbereich vor. Wenn man sich übrigens eine Karte von Gaza ansieht, dann befindet sich das fruchtbarste Land, das Ackerland, also alles, was nicht aus Sand besteht, innerhalb des Gebiets von Gaza, das derzeit vom israelischen Regime kontrolliert wird. Ein erheblicher Teil davon würde auf unbestimmte Zeit vom israelischen Regime in diesem sogenannten Sicherheitsperimeter kontrolliert werden, was nach Ansicht des Internationalen Gerichtshofs rechtswidrig ist. Und plötzlich haben die Israelis eine gewisse Legitimität für ihre Eroberung dieses Gebiets. Und alles, was mit dieser Streitmacht geschieht, liegt in erster Linie in den Händen der Vereinigten Staaten und noch direkter in denen von Donald Trump, der ohnehin praktisch ein Stellvertreter des israelischen Regimes ist. Ich denke also, dass sie wissen, dass dies einen großen Sieg für sie bedeutet. Sie haben Wähler, die nicht glücklich darüber sind, dass dies die Vollendung des Völkermords und die Umsiedlung des gesamten Gazastreifens in israelische Siedlungen verlangsamten könnte. Ich bin mir sicher, dass es einige gibt, die davon nicht begeistert sind, aber sie sind sich bewusst, dass dies ein Sieg für sie ist. Im Westen gibt es diesen Kunstgriff, dass Menschen, die den Völkermord kritisieren wollen, aber nicht das israelische Regime im Allgemeinen, versuchen, dies auf Benjamin Netanjahu oder Smotrich und Ben-Gvir zu personalisieren. Dabei übersehen sie jedoch, dass die Mehrheit des israelischen Volkes, das seit Generationen mit dieser gewalttätigen rassistischen Ideologie indoktriniert wurde, die Palästinenser aus dem Gazastreifen vertreiben will. Umfragen haben dies immer wieder gezeigt: Sie wollen eine ethnische Säuberung und sie wollen, dass das Gebiet vollständig vom israelischen Regime übernommen wird. Er wird also seine Erklärungen abgeben, in denen er sie auch beruhigt, und Sie werden sehen, dass Benjamin Netanjahu unmittelbar vor und unmittelbar nach der Verabschiedung dieser Erklärung auf Hebräisch spricht und allen versichert, dass es niemals einen palästinensischen Staat geben wird, solange er verantwortlich ist. Er hat gesagt, dass er seine Karriere diesem Ziel gewidmet hat und dies auch weiterhin tun wird. Niemand muss ihm also Vorträge halten, das heißt auch nicht die Menschen aus seinen extremistischen Wählerschaften im israelischen Regime. Also ja, ich denke, sie wissen, dass es am Ende ein Sieg ist.

DL: Als Sie das letzte Mal bei Reason2Resist zu Gast waren, Craig, haben wir über die Resolution „Uniting for Peace“ der Generalversammlung gesprochen, die als Mechanismus zur Beendigung dieses Völkermords dienen soll. Derzeit scheint diese Lösung jedoch gescheitert zu sein. Würden Sie dieser Einschätzung zustimmen, und wenn nicht, warum?

CM: Zunächst einmal hatte der Vorschlag „Uniting for Peace“ von vornherein nur ein kleines politisches Zeitfenster. Er stand im Widerspruch zu den Bemühungen Frankreichs, Saudi-Arabiens und anderer Kooperationspartner und zu dieser Initiative von Trump, der mit dem israelischen Regime zusammenarbeitet. Derjenige, der zuerst am Ziel ankommen würde, hätte einen gewissen Vorteil. Leider hat die Initiative Uniting for Peace es nicht geschafft. Und dieser Plan von Trump, lassen Sie mich das noch einmal sagen, wird scheitern. Er wird keinen Erfolg haben. In der Zwischenzeit kann er zwar viel Schaden anrichten, aber es wird mehrere Momente geben, in denen er extrem schwach ist und scheitern wird. Einer davon ist der Versuch, Kräfte zu finden, die bereit sind, im Namen Israels gegen das palästinensische Volk Krieg zu führen und gegen den Widerstand zu kämpfen. Aber es wird auch mehrere Phasen geben, in denen er sehr schwach sein und sich aufzulösen beginnen wird. In der Zwischenzeit kann er jedoch viel Schaden anrichten, nicht nur den Schaden, den er bereits den Vereinten Nationen zugefügt hat, sondern auch großen Schaden für die Situation vor Ort. Und einer der Nachteile ist, dass er andere Maßnahmen verzögert. Es gibt also bereits viele Menschen, die sagen: Okay, es gibt einen Friedensplan, es gibt diese Übereinkunft, es gibt einen Waffenstillstand; der natürlich, wie wir wissen, nicht eingehalten wird. Israel hat diesen Waffenstillstand seit seiner Verkündung keinen einzigen Tag lang eingehalten. Es hat Hunderte von Palästinensern ermordet, Hunderte von palästinensischen zivilen Infrastruktureinrichtungen zerstört und Tausende von Hilfslieferungen blockiert. Es hat diesen sogenannten Waffenstillstand nie eingehalten, und das ist kein Friedensplan. Sie können nicht hoffen, dass dies zu einem Plan führt, geschweige denn zu einem Plan, der den Völkermord beendet, die Täter zur Rechenschaft zieht, den Opfern Wiedergutmachung leistet und das palästinensische Volk befreit. Nichts davon steht uns bevor. Aber dies wird nun andere Maßnahmen verhindern, darunter auch diese Uniting for Peace-Initiative.

Die Initiative Uniting For Peace umfasst zwei Teile. Einer davon war die Schutztruppe, die vorerst politisch nicht durchzusetzen sein wird. Die UN wird nicht zwei verschiedene Truppen entsenden. Die Kolonialtruppe von Trump und die Schutztruppe der UN. Das werden sie nicht tun. Aber es gibt noch einen weiteren Teil der Initiative Uniting for Peace, der alle Mechanismen der Rechenschaftspflicht umfasst, um die Generalversammlung im Rahmen von Uniting for Peace dazu zu bewegen, zum Beispiel Bestimmungen zur Ablehnung der israelischen Beglaubigungsschreiben in der Generalversammlung zu verabschieden, eine strenge Sprache in Bezug auf Sanktionen und ein Militärembargo zu verwenden, um die Anti-Apartheid-Mechanismen wieder zu aktivieren, sich auf die israelische Apartheid zu konzentrieren und einen Mechanismus zur Rechenschaftspflicht wie ein Tribunal oder einen anderen Prozess einzurichten, um israelische Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Nichts davon wird in diesem Vorschlag von Trump erwähnt. Der Rat befasst sich nicht mit diesen Fragen, daher gibt es hier kein Problem. Und die Delegationen können nicht behaupten, dass diese Angelegenheiten bereits behandelt werden. Übrigens haben dieselben Delegationen vor einem Jahr, im September 2024, eine Resolution verabschiedet, in der sie ihre Absicht bekundeten, all diese Maßnahmen und weitere Schritte zu ergreifen, sollte Israel innerhalb eines Jahres den Anforderungen der Resolution und denen des Internationalen Gerichtshofs nicht nachkommen. Das ist nicht geschehen. Es hat in all diesen Punkten Rückschritte gemacht. Daher muss nun der Druck erhöht werden, damit die

Generalversammlung ihre Verantwortung im Rahmen von Uniting for Peace wahrnimmt, auch wenn sie keine Schutzmacht entsenden kann, um diese Maßnahmen zur Rechenschaftspflicht des Regimes zu ergreifen. Selbst das wird aufgrund dieses Irrsinns nun schwieriger werden.

Aber sobald der Trump-Plan und diese grauenhafte Resolution zu scheitern beginnen, werden sich hoffentlich neue politische Möglichkeiten für solche Maßnahmen eröffnen.

Abschließend möchte ich noch sagen, Dimitri, dass Präsident Gustavo Petro großen Mut bewiesen hat, indem er sich für den Vorschlag Uniting for Peace eingesetzt hat. An dem Tag, an dem er an einer von Uniting for Peace-Aktivisten vor der UN organisierten Kundgebung teilnahm, wurde er von den USA sanktioniert, die ihm sofort sein Visum entzogen und ihm dann mit allem Möglichen drohten, von Sanktionen über einen Staatsstreich bis hin zu einer Invasion und einer möglichen Verhaftung. Und kein Mitgliedstaat hat sich wirklich offen zu seiner Verteidigung gestellt oder sich der Initiative Uniting for Peace angeschlossen. Dazu gehört auch die Hague Gruppe, die sich zu solchen Maßnahmen verpflichtet hat. Keiner von ihnen trat in dieser Zeit der Unsicherheit vor dem US-Imperium voran, um sich für das Anliegen einzusetzen. Wenn also jemals Unterstützung für diese Elemente erfolgen soll, brauchen wir eine stärkere politische Basis in der UN, die nicht aus einem moralischen Anspruch der Mitgliedstaaten heraus entstehen wird. Sie wird aus den Forderungen der Menschen vor Ort und in den Hauptstädten auf der ganzen Welt kommen, die ihre Regierungen zum Handeln drängen, damit es, wenn in Trumps Hoheitsgebiet alles zusammenbricht, wie es kommen wird, Alternativen zur Verfügung stehen, die das palästinensische Volk nicht weiter unterwerfen, sondern tatsächlich Maßnahmen zu seiner Befreiung ergreifen.

DL: Zuletzt, Craig, möchte ich mit Ihnen über die Zukunft der Vereinten Nationen sprechen. Ich bin seit langem der Meinung, und mittlerweile bin ich davon absolut überzeugt, dass diese Organisation mit fatalen Mängeln behaftet ist. Meiner Ansicht nach kann sie in ihrer derzeitigen Form weder die Rolle erfüllen, die ihr nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zugewiesen wurde, noch die hohen Prinzipien verwirklichen, die der Charta der Vereinten Nationen zugrunde liegen. Ich war schon immer der Meinung – und heute bin ich davon mehr denn je überzeugt –, dass das grundlegende Problem der Vereinten Nationen darin besteht, dass sie antidemokratisch geprägt sind. Das vielleicht wichtigste Beispiel für diesen antidemokratischen Charakter ist die Tatsache, dass es im UN-Sicherheitsrat fünf ständige Mitglieder gibt, von denen jedes ein Vetorecht ausübt. Diese Gruppe von Staaten, diese fünf Staaten, machen zwar zusammen einen bedeutenden Teil der Weltbevölkerung aus, aber ihre Regierungen spiegeln nicht den Willen der gesamten Menschheit wider. Und ich denke, das wurde am Montag dieser Woche deutlicher denn je, denn ich bezweifle sehr, dass die Menschen dieser Welt, wenn sie über die Umsetzung dieses Plans abstimmen könnten, ihn nicht rundweg ablehnen würden. Meine Frage an Sie lautet daher: Halten Sie es zum gegenwärtigen Zeitpunkt für praktisch möglich, dass die Vereinten Nationen in ihrer derzeitigen Form und insbesondere mit Blick auf die Struktur des UN-Sicherheitsrats ihre Mission erfüllen können? Oder glauben Sie, dass wir diese Organisation radikal umstrukturieren müssen, damit dies realistisch möglich ist?

CM: Wenn wir darüber sprechen, frage ich wie immer: Welche UN? Wir müssen uns überlegen, über welchen Teil der UN wir sprechen. Die gesamte UN hat meiner Meinung nach kläglich versagt, als es in den vergangenen zwei Jahren darum ging, wirksam gegen den Völkermord in Palästina vorzugehen, wodurch all ihre Mängel offenbart wurden. Einige dieser Mängel sind auf Versäumnisse zurückzuführen, und zwar auf Versäumnisse des Generalsekretärs, der hohen Beamten der Vereinten Nationen und, wie ich meine, auch der Generalversammlung. Sie haben versagt, weil der Hohe Kommissar für Menschenrechte und der Sonderberater für die Verhütung von Völkermord aufgrund von Versäumnissen versagt haben. Aus dieser ängstlichen Haltung heraus, aus dem Einflussbereich der mächtigen westlichen Länder, der Israel-Lobby und anderer Kräfte heraus, haben sie beschlossen, ihre Macht und ihre Mechanismen nicht einzusetzen, um dem Völkermord direkt entgegenzuwirken, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen und sich für die Opfer einzusetzen. Das ist ihre ewige Schande. Und das ist eine Frage der Besetzung solcher Positionen mit den richtigen Personen, um sicherzustellen, dass dieses Versagen durch Unterlassung nicht so alltäglich wird, wie es derzeit der Fall ist. Aber ein Teil davon ist, wie Sie richtig bemerken, ein bewusstes Versagen. Der Sicherheitsrat wurde so konzipiert, dass er nicht handeln kann, wenn eines der fünf ständigen Mitglieder, die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, sich gegen ein Handeln ausspricht. Und so hat er wiederholt versagt, nicht nur bei diesem Völkermord, sondern schon lange zuvor. Und jetzt sehen wir, wie gefährlich dieser Mechanismus sein kann, denn Untätigkeit ist eine Sache, aber mandatierte Maßnahmen, bei denen die Macht des Rates genutzt wird, um den indigenen Völkern in Ländern überall auf der Welt unrechtmäßige und illegitime Handlungen aufzuzwingen, sind eine echte Bedrohung für uns alle. Die Herausforderung der Reform besteht also darin, einen Weg zu finden, den Sicherheitsrat zunehmend zu marginalisieren und, wie Sie es nennen, die demokratischeren Institutionen der Vereinten Nationen, wie möglicherweise die Generalversammlung, zu stärken. Die Initiative Uniting for Peace hat so viele Menschen angesprochen, weil es historische Präzedenzfälle gibt, in denen sie genutzt wurde, um sich gegen die P5 des Sicherheitsrats, gegen das US-Imperium und gegen die Großmächte zu stellen. Und die Macht der Mehrheit in den Vereinten Nationen zu nutzen, um das Veto der USA zu umgehen und etwas zu erreichen – das ist es, was Uniting for Peace bietet.

Es gibt Momente in der Geschichte, insbesondere in den späten 60er und frühen 70er Jahren, in denen die UN aufgrund der Generalversammlung und aufgrund einer neuen Mehrheit ehemaliger Kolonialländer, die ihre kollektive Macht geltend machten, diese tatsächlich als Instrument für die Entkolonialisierung, für die Befreiung, für die Bekämpfung der Apartheid und für die Unterstützung der palästinensischen Sache nutzte. Das waren die glorreichen Jahre der Vereinten Nationen, in denen sie sich tatsächlich für die Befreiung der Völker einsetzten. Und sie könnten dies wieder tun. Das Problem ist, dass die einseitige Phase, die von etwa 1990 bis vor kurzem andauerte und vom US-Imperium beherrscht wurde, die Generalversammlung zurückgedrängt und die Dominanz des Sicherheitsrats wiederhergestellt hat. Und wie wir bei diesen Abstimmungen gesehen haben, verfügt das Imperium, selbst wenn seine Macht schwindet, immer noch über die enorme Macht, Länder aus allen Regionen der Welt einzuschüchtern, zu nötigen und zu bestechen, damit sie seinen Willen ausführen. Und das zeigt meiner Meinung nach diese Resolution am deutlichsten. Aber wenn

die globale Mehrheit unter der Führung des Globalen Südens, angeführt von Ländern, die sich in gewissem Maße hervorgetan haben, wie die Hague Gruppe, von anderen multipolaren Punkten wie dem Shanghai-Forum, wie den BRICS, und anderen, wenn sie sich zusammenschließen könnten, um ihre kollektive Macht geltend zu machen, könnten sie die Vereinten Nationen zu einem ihrer Hauptziele zurückführen, nämlich Freiheit, Menschenrechte, die Wahrung von Frieden und Sicherheit auf echte, legitime Weise, und sie könnten die vom UN-Sicherheitsrat ausgehende Bedrohung bis zu einem gewissen Grad entschärfen. Denn ich denke, die meisten Kritikpunkte, die man am Sicherheitsrat hört, beziehen sich auf seine Untätigkeit, aber das Einzige, was noch schlimmer und bedrohlicher für die Menschenrechte der Menschen auf der ganzen Welt ist als die Untätigkeit des Rates, sind die Handlungen des Rates, wenn er außerhalb des Gesetzes und außerhalb der Grenzen der Legitimität handelt. Und wie ich bereits dargelegt habe, erweitert er durch ultra vires seine Befugnisse, die er gemäß der UN-Charta nicht haben sollte.

Ja, wenn die Vereinten Nationen sich nicht reformieren, denke ich, dass sie, wie wir hier diskutieren, zunehmend in den Hintergrund treten werden. Ohne Legitimität können sie nicht lange funktionieren. Mit dieser Resolution haben sie sich, wie ich schon sagte, erneut einen massiven Schaden zugefügt, aber es ist nicht der erste. Und ich befürchte, dass es auch nicht die letzte sein wird. Wenn sich bei den Vereinten Nationen etwas ändern soll, dann nur durch den Druck der Menschen in den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, nicht in New York, sondern in ihren Hauptstädten, in Lateinamerika, in Afrika, in Westasien, in Asien im weiteren Sinne, in Europa, in all unseren Ländern, um Druck auszuüben und darauf zu bestehen, dass sie das Richtige tun. Das hat zur Abschaffung der Apartheid beigetragen, wobei die UN eine sehr wichtige Rolle spielte, nicht weil die Mitgliedstaaten dies wollten, obwohl es die Frontstaaten Afrikas und eine gewisse Solidarität im Globalen Süden gab, sondern auch weil die Menschen in den westlichen Ländern, die den Fortschritt in dieser Hinsicht behinderten, mobilisiert wurden. Wir können viel aus den Erfahrungen Südafrikas und aus den Erfahrungen der Entkolonialisierung lernen, die wir auf Palästina und darüber hinaus anwenden müssen. Wenn das geschieht, gibt es Teile des UN-Systems, die es wert sind, unterstützt zu werden. Ich verweise erneut auf das sehr prinzipientreue Handeln der unabhängigen Menschenrechtsmechanismen der Vereinten Nationen, wie die Sonderberichterstatter wie Francesca Albanese und die Untersuchungskommission. Ich verweise erneut auf die humanitären Abteilungen dieses Systems, insbesondere auf die heldenhafte Leistung der Mitarbeiter der UNRWA, von denen Hunderte während des Völkermords des israelischen Regimes in Gaza ermordet wurden, die aber dennoch weiter daran arbeiten, ihren Nachbarn Hilfe zu leisten. Es gibt Teile der UN, die es wert sind, gerettet zu werden, aber es gibt auch Teile, die abgeschafft werden müssen, allen voran der Sicherheitsrat und die Ernennung von ängstlichen Beamten, die praktisch nur unter der Anleitung mächtiger westlicher Staaten agieren. Das muss sich ändern. Andernfalls, aus meiner Sicht, nachdem ich mehr als 30 Jahre in der UN verbracht habe, auf Nimmerwiedersehen!

DL: Hört, hört! Wie immer, Craig, war es mir eine große Freude, mit Ihnen zu sprechen. Vielen Dank, dass Sie sich so kurzfristig zu diesem Gespräch bereit erklärt haben. Ich freue

mich darauf, das Gespräch in Zukunft fortzusetzen.

CM: Es war mir ein Vergnügen. Danke, Dimitri.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail: PayPal@acTVism.org
g

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVis>
m

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar.

Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org
